



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 05. Oktober 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sfrev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Eine Million Fliehende, so die Schätzung, warten in Nordafrika und dort vor allem in Libyen darauf, aus Gefangenenlagern befreit zu werden. Die Bedingungen dort wurden von vielerlei Stellen als absolut grausam, als Hölle, als „KZ-ähnlich“ bezeichnet. Dies alles ist seit Monaten bekannt, die Lager existieren immer noch. Der *Tagesspiegel* berichtet darüber Gespräch mit Michael Obert, der bereits eine Reportage im *SZ Magazin* verfasste und den Film „Ein Warlord als Türsteher zur Hölle“ produzierte. Obert berichtet dort unter anderem von den Preisen, die auf der Flucht zu bezahlen sind. Etwa 2000 Dollar müssten bezahlt werden, um vom Herkunftsland nach Libyen zu gelangen. Bis zu 2.500, momentan sind es eher 1.500 Dollar, müssten für die Flucht über das Mittelmeer eingeplant werden. Die Erfahrung, die Obert gemacht habe: die Menschen wüssten überall, was sich in Libyen abspiele. Fliehen würden sie dennoch. Es müsse nicht weniger als über die „Verteilung der Welt“ neu nachgedacht werden. Dies vor dem Hintergrund der zu erwartenden Bevölkerungsverdopplung auf dem afrikanischen Kontinent bis 2050, der „wirtschaftspolitischen Daumenschrauben“ Europas wie des Klimawandels.
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/zukunft-afrikas-und-europas-in-der-hoelle-der-fluechtlingscamps-in-libyen/20110570.html> (25.09.17)
- Gegen die eine Million, die allein in Nordafrika ausharren stehen die 50.000, die die EU in den kommenden beiden Jahren aufnehmen will. Als Anreiz für die EU-Mitgliedsstaaten will die EU 10.000 Euro pro geflüchteter Person zahlen. Vor allem Fliehende im Niger, dem Sudan, Tschad und Äthiopien sollen so direkt in die EU einreisen können.
http://www.deutschlandfunk.de/migration-bruessel-fuer-freiwillige-aufnahme-zehntausender.1939.de.html?drn:news_id=797120 (27.09.17)
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-kommission-50-000-fluechtlinge-sollen-legal-einreisen/20385158.html> (27.09.17)
- Human Rights Watch und der UNHCR appellieren an Kamerun, Abschiebungen nach Nigeria einzustellen. Rund 100.000 Geflohene wurden in das von der Terrorgruppe Boko Haram bedrohte Land abgeschoben. Human Rights Watch berichtete, kamerunische Soldat*innen hätten die Geflohenen sexuell missbraucht und unter Gewaltanwendung abgeschoben. Angeblich sei dies ein Abschreckungsversuch.
<https://brf.be/international/1117505/> (27.09.17)

- Human Rights Watch wirft zudem Jordanien vor, syrische Geflüchtete abzuschieben. In den ersten fünf Monaten des Jahres seien etwa 400 Menschen pro Monat abgeschoben worden, 300 weitere seien „freiwillig“ zurückgekehrt. Bei 500 seien die „Umstände unklar“ gewesen. <http://www.zeit.de/news/2017-10/02/jordanien-human-rights-watch-wirft-jordanien-deportation-syrischer-fluechtlinge-vor-02125803> (02.10.17)
- Das Rettungsschiff von Mission Lifeline wurde vergangene Woche beschossen während die Mannschaft Fliehende vor dem Ertrinken rettete. Die Angreifenden trugen keine Hoheitszeichen, der Kapitän von Lifeline, Friedhold Ulonska spricht von Piraterie. Die Angreifenden betraten das Schiff von Lifeline und verlangten die Herausgabe von Fliehenden aus Bangladesh von deren Angehörigen sie sich hohe Lösegeldzahlungen erhoffen. Nach einigen Diskussionen verließen die Unbekannten das Schiff, alle blieben unverletzt. Vier Seemeilen weiter entfernt geriet währenddessen ein weiteres Boot mit Fliehenden in Seenot. Mit Hilfe eines Ölplattformversorgers konnten schlussendlich die Menschen gerettet werden. <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/seenotretter-aus-dresden-im-mittelmeer-beschossen100.html> (29.09.17)
- Das Anti-Folter-Komitee des Europarats hat die Zustände in den Sammelunterkünften in Griechenland kritisiert. „Entwürdigend und unmenschlich“ sei es, wie selbst Kinder, darunter unbegleitete Minderjährige, untergebracht seien. 20 Lager, Polizeistationen und Grenzposten sowie Hotspots auf den Inseln – also überall dort, wo in Griechenland Fliehende festgehalten werden – wurden besichtigt. Krankheiten wie Tuberkulose seien ausgebrochen. Der Tagessatz von 5,87 Euro pro Person für Unterhalt, Verpflegung und Medikamente reiche bei Weitem nicht. Zudem haben die Gesandten des Europarats glaubwürdige Berichte über Polizeigewalt aufnehmen müssen. Bereits im letzten Jahr geforderte Sofortmaßnahmen wie die Reparatur sanitärer Anlagen, saubere Matratzen und die angemessene Betreuung unbegleiteter Minderjähriger sei nicht nachgekommen worden. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-leben-unter-unmenschlichen-bedingungen-sagt-europarat-a-1169881.html> (26.09.17)
- Spanien hatte Fliehende, die die Exklave Melilla erreicht hatten, direkt wieder nach Marokko abgeschoben. Dies verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Es wird erwartet, dass Spanien Rechtsmittel einlegt, noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. Das European Center for Constitutional and Human Rights und Brot für die Welt hatten die Klage begleitet. Die Organisationen gehen davon aus, dass ein Präzedenzfall mit erheblichen Konsequenzen geschaffen werden könne – zum Beispiel wenn es um die Rückschiebungen an der griechisch-mazedonischen Grenze geht. <http://www.taz.de/!5451313/> (03.10.17)
- US-Präsident Donald Trump hat eine historisch niedrige Obergrenze für die Aufnahme Fliehender durch die Vereinigten Staaten festgelegt. Mit 45.000 ist die Zahl so niedrig wie nie. <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-us-regierung-setzt-historisch-niedrige-obergrenze-fuer-fluechtlinge-fest/20388628.html> (27.09.17)

Bund, Land, Kommune

- Es wird jetzt mal darauf verzichtet, den vergeblichen Versuch zu unternehmen die verschiedenen Stimmen und Forderungen nach der Bundestagswahl im Detail nachzuzeichnen. Sobald was Konkretes feststeht, wird auch darüber hier geschrieben.
- Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gibt es Streit zwischen Personalrat und Präsidentin Jutta Cordt. Cordt hatte zum Beispiel zugelassen, dass Übersetzer*innen per

Video zugeschaltet werden und hatte die Arbeitnehmer*innenvertretung übergangen. Grundsätzliche Kritik an der Praxis kam aber auch nicht vom Personalrat. Der hatte sich an Cordts Chef, Bundesinnenminister Thomas de Maizière gewandt und war mit einer Klage vors Verwaltungsgericht gezogen. Der Innenminister hat bisher keine*n, wie von den Mitarbeiter*innen gewünscht, Mediator*in gesandt. Der „Hickhack“, so die SZ, lähme die Arbeit der Behörde, die nach wie vor 114.000 Asylanträge anhängig habe. Cordt steht unter politischem Druck, die Asylverfahren möglichst schnell abzuschließen. Immer wieder wird dem BAMF vorgeworfen, dass seine Arbeit erhebliche Qualitätsmängel aufweise.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/bamf-am-gefrierpunkt-1.3687223> (29.09.17)

- Der Vorsitzende eines der rechtskonservativsten Landesverbände der CDU, Stanislaw Tillich, ebenso Ministerpräsident Sachsens, erklärt, die Union müsse einen weiteren Rechtsruck vollziehen. Mit der Fortsetzung seiner bereits gescheiterten Strategie, die auch in Bayern nicht funktionierte, hofft er darauf, Wähler*innen der AfD wiederzugewinnen.
<https://www.sz-online.de/sachsen/tillich-leute-wollen-dass-deutschland-deutschland-bleibt-3785753.html> (30.09.17)
- Die beiden Söhne, die gemeinsam mit ihrem Vater vor zwei Wochen nach Armenien abgeschoben wurden, haben mittels Videobotschaft um Unterstützung gebeten. Der SFR hat das Video auf Facebook geteilt. Dies haben wir auf ausdrücklichem Wunsch von Vater und Söhnen hin getan. Der ältere Sohn hatte die Idee zu dem Video, der Vater filmte. Für Mutter und Tochter könnt ihr, sofern ihr die Familie kennt, ein Unterstützungsschreiben für die Härtefallkommission verfassen. Schickt es bitte an den Sächsischen Flüchtlingsrat e.V./ Dammweg 5/ 01097 Dresden. Wir leiten es an die Kommission weiter. Alternativ könnt ihr auch diese Petition unterzeichnen: <http://bit.ly/2xP1S5d>
<http://www.sz-online.de/nachrichten/petition-fuer-abgeschobene-familie-3787126.html> (04.10.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe